

LANDKREIS HARZ DER KREISTAG

Datum: 19.03.2019

Einreicher:

MdK Marks (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), MdK Albrecht (CDU-Fraktion)

Anfrage-027/2019 (öffentlich)	
Kreistag	20.03.2019

Betreff:

Verständlichkeit und Leichte Sprache

Anfrage:

Auch ein Text in schwer- oder unverständlicher Sprache, stellt eine Barriere dar. Im Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz - BGG) werden Träger öffentlicher Gewalt angehalten, Informationen vermehrt in leichter Sprache bereitzustellen und ihre Kompetenzen für das Verfassen von Texten in Leichter Sprache auf- und auszubauen (§ 11 BGG - Verständlichkeit und Leichte Sprache).

Aus unserer Sicht sollten auch kommunale Verwaltungen daran interessiert sein, im Rahmen von mehr Barrierefreiheit, ihre Angebote und Kompetenzen im Bereich „Verständlichkeit und Leichte Sprache“ schrittweise auszubauen. Entsprechende Aktivitäten gibt es auch in Bereichen der Verwaltung des Landkreises Harz.

Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Existieren bei der Kreisverwaltung bereits Formulare, Broschüren, Infolyer, etc. in Leichter Sprache?
Wenn ja, für welche Bereiche und zu welchem Zweck wurden sie erstellt?
2. Wo bietet es sich nach Auffassung der Kreisverwaltung an, Angebote in Leichter Sprache zu schaffen bzw. zu erweitern?
3. Wurden und werden Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung geschult, Texte in Leichter Sprache zu verfassen bzw. ggf. Vordrucke, Anträge, etc. in Leichter Sprache zu erklären?
Wenn ja, welcher Personenkreis wurde geschult?
Wenn nein, für welche Mitarbeiter*innen wäre eine solche Schulung aus Sicht der Verwaltung sinnvoll?

gez. Heiko Marks, Uwe-Friedrich Albrecht

LANDKREIS HARZ DER LANDRAT

Einreicher:

MdK Marks (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), MdK Albrecht (CDU-Fraktion)

Antwort zur Anfrage-027/2019 (öffentlich)
--

Betreff:

Verständlichkeit und Leichte Sprache

Antwort:

1. Existieren bei der Kreisverwaltung bereits Formulare, Broschüren, Infolyer, etc. in Leichter Sprache?

Wenn ja, für welche Bereiche und zu welchem Zweck wurden sie erstellt?

In der Kreisverwaltung existieren bisher keine Formulare, Broschüren, Infolyer, etc. in Leichter Sprache (Kenntnisstand heute).

Das Örtliche Teilhabemanagement bereitet derzeit Gespräche mit den Dezernenten und Amtsleitern vor, bei denen u.a. auch das Thema Leichte Sprache im Verwaltungsalltag angesprochen werden soll. Diese dienen der Vorbereitung und späteren Umsetzung einer Maßnahme, welche im Entwurf zum Kommunalen Aktionsplan des Aktionsbündnisses "Landkreis Harz inklusiv" enthalten ist.

2. Wo bietet es sich nach Auffassung der Kreisverwaltung an, Angebote in Leichter Sprache zu schaffen bzw. zu erweitern?

Aus Sicht des Örtlichen Teilhabemanagements wären Angebote in Leichter Sprache in allen Ämtern mit Bürgerkontakt sinnvoll. Für die Einführung im Rahmen einer Pilotphase eignen sich das Sozial- und Jugendamt sowie die KoBa besonders.

Mit dem Sozialamt fanden bereits erste Vorgespräche statt. Um genaue Bedarfe zu ermitteln und mögliche Einsatzfelder einzugrenzen, sind weitere Gespräche abzuwarten. Problematisch ist hier, die Rechtssicherheit von Bescheiden zu gewährleisten, insbesondere wenn diese von der Sozialagentur vorgegeben werden.

3. Wurden und werden Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung geschult, Texte in Leichter Sprache zu verfassen bzw. ggf. Vordrucke, Anträge, etc. in Leichter Sprache zu erklären?

Wenn ja, welcher Personenkreis wurde geschult?

Wenn nein, für welche Mitarbeiter*innen wäre eine solche Schulung aus Sicht der Verwaltung sinnvoll?

Bisher wurden zwei Mitarbeiterinnen des Örtlichen Teilhabemanagements (Fachbereich Strategie und Steuerung) geschult, Texte in Leichter Sprache zu schreiben bzw. zu übersetzen. Im Rahmen ihrer Tätigkeit ist angedacht, Mitarbeiterschulungen durchzuführen. Diese Schulungen sind grundsätzlich für alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung sinnvoll. Auch hier wäre ein Start im Sozialamt denkbar, da von dieser Seite bereits Interesse bekundet wurde.

Fazit: Der Landkreis ist sich der Problematik bewusst und hat eigens dafür das Projekt "Örtliches Teilhabemanagement" gestartet. Die Mitarbeiterinnen befinden sich derzeit in Vorgesprächen. Erste Maßnahmen zur Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache und Schulung der Mitarbeiter sind für 2019 geplant.